Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/10113

13. 03. 98

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 9. Oktober 1997 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Zusammenarbeit der Polizei- und Zollbehörden in den Grenzgebieten

A. Zielsetzung

Das am 9. Oktober 1997 in Mondorf (Luxemburg) unterzeichnete Abkommen über die Zusammenarbeit der Polizei- und Zollbehörden in den Grenzgebieten enthält Regelungen der Zusammenarbeit zum Zwecke der Gefahrenabwehr, der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung und der Strafverfolgung. Das Schengener Durchführungsübereinkommen, welches die Schaffung eines einheitlichen Freizügigkeits- und Sicherheitsraumes verfolgt, gibt in seinem Artikel 39 Abs. 4 den beteiligten Staaten die Möglichkeit, die Zusammenarbeit in besonderen bilateralen Vereinbarungen näher auszugestalten. Solche Vereinbarungen bestehen bereits mit Luxemburg und den Niederlanden. Die bilaterale polizeiliche Zusammenarbeit soll nun auch im Verhältnis zu Frankreich auf eine derartige Grundlage gestellt und damit das vorhandene Abkommen aus dem Jahre 1977 abgelöst werden.

B. Lösung

Durch den vorliegenden Gesetzentwurf sollen die Voraussetzungen für die Ratifizierung des Regierungsübereinkommens vom 9. Oktober 1997 geschaffen werden. Es bedarf nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes der Mitwirkung der gesetzgebenden Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Zusätzliche Kosten entstehen durch das deutsch-französische Abkommen grundsätzlich nicht.

2. Vollzugsaufwand

Für die personelle Ausstattung des vorgesehenen gemeinsamen Zentrums mit 14 Bediensteten von Bund und Ländern sind Neueinstellungen derzeit nicht vorgesehen.

Weitere Kosten für Personal (Auslandsbezüge) sowie Kosten für die Liegenschaft und Betrieb des Zentrums sind von der Wahl des Standorts abhängig, die noch nicht getroffen ist. Diese Kosten sind daher noch nicht bezifferbar.

E. Sonstige Kosten

Sonstige Kosten entstehen nicht.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
031 (123) – 210 01 – Po 11/98

Bonn, den 12. März 1998

An die
Präsidentin des
Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 9. Oktober 1997 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Zusammenarbeit der Polizei- und Zollbehörden in den Grenzgebieten

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium des Innern.

Der Bundesrat hat in seiner 722. Sitzung am 6. März 1998 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Dr. Helmut Kohl

Entwurf

Gesetz zu dem Abkommen vom 9. Oktober 1997 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Zusammenarbeit der Polizei- und Zollbehörden in den Grenzgebieten

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Mondorf (Luxemburg) am 9. Oktober 1997 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Zusammenarbeit der Polizei- und Zollbehörden in den Grenzgebieten und der Gemeinsamen Erklärung der Vertragsparteien anläßlich der Unterzeichnung des Abkommens wird zugestimmt. Das Abkommen und die Gemeinsame Erklärung werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 25 Abs. 1 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

I. Allgemeines

Am 14. Juni 1985 haben die Regierungen der Benelux-Staaten, Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland ein Übereinkommen über den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen geschlossen. Zu dessen Ausfüllung wurde zwischen den gleichen Vertragsparteien am 19. Juni 1990 das Übereinkommen zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 geschlossen. Diese Übereinkunft regelt die Abschaffung der Personenkontrollen an den Grenzen zwischen den Schengen-Staaten und Ausgleichsmaßnahmen, die gewährleisten sollen, daß der Wegfall von Kontrollen an den Binnengrenzen nicht mit Sicherheitseinbußen verbunden ist. Hierzu zählt auch die Vertiefung der polizeilichen Zusammenarbeit unter den Partnerstaaten.

Am 9. Oktober 1997 wurde hierauf aufbauend in Mondorf (Luxemburg) das Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Zusammenarbeit der Polizei- und Zollbehörden in den Grenzgebieten unterzeichnet.

II. Zu den einzelnen Vorschriften

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, weil das Abkommen das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden regelt.

Zu Artikel 2

Absatz 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 25 Abs. 1 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

III. Schlußbemerkungen

Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbrauchspreisniveau, sind nicht zu erwarten, da Kosten für die private Wirtschaft und private Verbraucher nicht entstehen. Für die personelle Ausstattung des vorgesehenen gemeinsamen Zentrums mit 14 Bediensteten von Bund und Ländern sind Neueinstellungen derzeit nicht vorgesehen.

Weitere Kosten für Personal (Auslandsbezüge) sowie Kosten für die Liegenschaft und Betrieb des Zentrums sind von der Wahl des Standorts abhängig, die noch nicht getroffen ist. Dieses Kosten sind daher noch nicht bezifferbar.

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Zusammenarbeit der Polizei- und Zollbehörden in den Grenzgebieten

Accord entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République française relatif à la coopération dans leurs zones frontalières entre les autorités de police et les autorités douanières

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Französischen Republik –

in der Absicht, die Zusammenarbeit der Behörden und Dienststellen mit polizeilichen (in Deutschland auch grenzpolizeilichen und bahnpolizeilichen) und zollrechtlichen Aufgaben, im folgenden Polizei- und Zollbehörden genannt, in den Grenzgebieten im Einvernehmen mit den Ländern Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland unter Berücksichtigung der bisherigen erfolgreichen Kooperation auszubauen,

im Bestreben, das Ziel des Schengener Übereinkommens vom 14. Juni 1985, grenzüberschreitende Freizügigkeit ohne Sicherheitseinbußen herbeizuführen, zu gewährleisten,

in Anbetracht des Schengener Durchführungsübereinkommens vom 19. Juni 1990, insbesondere seines Artikels 39, und der hierzu erlassenen Ausführungsregelungen,

entschlossen, der illegalen Zuwanderung und grenzüberschreitenden Kriminalität entgegenzuwirken, die öffentliche Sicherheit und Ordnung durch Abwehr von grenzüberschreitenden Gefahren und Störungen – zum Beispiel im Zusammenhang mit öffentlichen Versammlungen – und insbesondere eine wirksame Verbrechensbekämpfung – zum Beispiel im Bereich der Rauschgiftkriminalität, der Schleuserkriminalität und der Verschiebung von Kraftfahrzeugen – zu gewährleisten,

in dem Wunsch, ihre Zusammenarbeit zu verbessern, um ein höheres Maß an gemeinsamer Sicherheit in den Grenzgebieten zu erreichen –

sind wie folgt übereingekommen:

Teil I
Anwendungsbereich, Ziel der Zusammenarbeit

Artikel 1

(1) In der Bundesrepublik Deutschland findet dieses Abkommen Anwendung auf die Behörden

- der Polizeien der Länder Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland,
- des Bundesgrenzschutzes als Träger grenz- und bahnpolizeilicher Aufgaben und
- der Zollverwaltung mit örtlicher Zuständigkeit,
- in Baden-Württemberg in den Regierungsbezirken Freiburg und Karlsruhe,

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne

et

le Gouvernement de la République française

Animés de l'intention d'intensifier la coopération entre autorités et services chargés de missions de police (en Allemagne, également police des frontières et police des chemins de fer) et de douane, ci-après dénommés autorités et services de police et de douane, engagée dans leurs zones frontalières, en accord avec les Länder de Bade-Wurtemberg, de Rhénanie-Palatinat et de Sarre, et prenant en compte les acquis de la coopération déjà réalisée,

Souhaitant garantir la liberté de circulation transfrontalière prévue par l'accord de Schengen du 14 juin 1985 sans affecter la sécurité,

Vu la convention d'application de l'accord de Schengen signée le 19 juin 1990, en particulier son article 39, et ses textes de mise en œuvre,

Déterminés à faire face à l'immigration irrégulière et à la criminalité transfrontalière et à garantir la sécurité et l'ordre public par la prévention de menaces et de troubles transfrontaliers – par exemple en ce qui concerne les rassemblements sur la voie publique – et à mener notamment une lutte efficace contre la criminalité, en particulier dans les domaines de la criminalité en matière de drogue, de la criminalité des filières d'immigration clandestine et du trafic de véhicules volés.

Désireux d'améliorer leur coopération pour assurer une plus grande sécurité commune dans leurs zones frontalières,

sont convenus des dispositions suivantes:

Partie I
Domaine d'application, objectif de la coopération

Article 1er

(1) En République fédérale d'Allemagne, le présent accord s'applique aux autorités:

- des polices des Länder de Bade-Wurtemberg, de Rhénanie-Palatinat et de Sarre,
- du Corps fédéral de protection des frontières (Bundesgrenzschutz) en tant que service chargé de la police des frontières et des chemins de fer et
- de l'administration douanière, ayant une compétence locale
- en Bade-Wurtemberg, dans les circonscriptions administratives régionales (Regierungsbezirke) de Fribourg et de Karlsruhe,

- in Rheinland-Pfalz in den Polizeibezirken der Polizeipräsidien Rheinpfalz und Westpfalz,
- im Saarland.

Das Abkommen findet auch auf die Landeskriminalämter Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland im Hinblick auf Angelegenheiten der Kriminalitätsbekämpfung und Gefahrenabwehr in den vorstehend bezeichneten Grenzgebieten sowie auf das Zollkriminalamt Anwendung.

(2) In der Französischen Republik findet dieses Abkommen Anwendung auf die Dienststellen

- der Police Nationale,
- der Gendarmerie Nationale,
- des Zolls

in den drei Grenzdepartements Oberelsaß (Haut-Rhin), Unterelsaß (Bas-Rhin) und Mosel (Moselle).

Artikel 2

(1) Die Vertragsparteien verstärken die Zusammenarbeit der Behörden und Dienststellen der Polizei- und Zollverwaltung bei der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie bei der Verhütung und Verfolgung von Straftaten; dies gilt auch in Fällen der vorübergehenden Wiederaufnahme der Personenkontrollen nach Artikel 2 Absatz 2 des Schengener Durchführungsübereinkommens. Auf dem Gebiet des Zollwesens betrifft die Zusammenarbeit nur die Überwachung der Einhaltung aller Verbote und Beschränkungen im grenzüberschreitenden Verkehr.

(2) Die Zusammenarbeit erfolgt auf der Grundlage und nach Maßgabe der innerstaatlichen Rechtsvorschriften und völkerrechtlicher Übereinkünfte zwischen den Vertragsparteien, die durch dieses Abkommen ergänzt werden. Das Gemeinschaftsrecht bleibt unberührt.

(3) Die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kriminalitätsbekämpfung durch nationale Zentralstellen, insbesondere im Rahmen der Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation (IKPO-Interpol) bleibt unberührt und wird in Übereinstimmung mit den innerstaatlichen Rechtsvorschriften der Vertragsparteien durch die Bestimmungen dieses Abkommens für das Grenzgebiet ergänzt.

Teil II
Organisation der Zusammenarbeit

Artikel 3

Die Zusammenarbeit der in Artikel 1 genannten Behörden einschließlich ihrer nachgeordneten Dienststellen und zugehörigen Einsatzkräfte wird im Rahmen der bestehenden Strukturen und Zuständigkeiten ausgeübt. Sie vollzieht sich auch in Zentren der Polizei- und Zollzusammenarbeit, nachfolgend „gemeinsame Zentren“ genannt.

Abschnitt 1
Zusammenarbeit in gemeinsamen Zentren

Artikel 4

(1) Auf dem Hoheitsgebiet des einen oder des anderen Staates werden im Grenzgebiet gemeinsame Zentren für den Informationsaustausch und die Koordinierung zwischen den in Artikel 1 genannten Behörden beider Vertragsparteien eingerichtet. Die Länder Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland entscheiden jeweils über ihre Beteiligung an den gemeinsamen Zentren gesondert. Die gemeinsamen Zentren können rund um die Uhr betrieben werden. Anzahl und Sitz werden im Wege des Notenwechsels vereinbart.

- en Rhénanie-Palatinat, dans les districts des présidences de police (Polizeipräsidien) de Rheinpfalz et de Westpfalz,
- en Sarre.

L'accord s'applique également aux offices de police criminelle (Landeskriminalämter) des Länder de Bade-Wurtemberg, de Rhénanie-Palatinat et de Sarre pour l'exercice des missions de lutte contre la criminalité et de prévention de la menace visées à l'article 2 dans les zones frontalières sus-mentionnées, ainsi qu'à l'office criminel des douanes (Zollkriminalamt).

(2) En République française, le présent accord s'applique aux services:

- de la police nationale,
- de la gendarmerie nationale,
- de la douane,

compétents dans les trois départements frontaliers du Haut-Rhin, du Bas-Rhin et de la Moselle.

Article 2

(1) Les Parties contractantes renforcent la coopération entre les autorités et services de police et de douane dans le but de prévenir des menaces à la sécurité et à l'ordre publics et de favoriser la prévention et la recherche de faits punissables, y compris dans les cas d'un rétablissement temporaire des contrôles de personnes conformément à l'article 2, paragraphe 2 de la convention d'application de l'accord de Schengen. Dans le domaine douanier, la coopération s'applique au strict contrôle du respect de toutes les prohibitions et restrictions du trafic transfrontalier.

(2) La coopération entre les Parties contractantes s'exerce sur la base et dans le cadre de leurs législations nationales et des conventions de droit international qu'elles ont conclues et qui sont complétées par le présent accord. Le droit communautaire reste inchangé.

(3) La coopération internationale dans le domaine de la lutte contre la criminalité par des autorités centrales nationales, notamment dans le cadre de l'Organisation internationale de police criminelle (OIPC-Interpol) qui reste inchangée, est complétée dans les zones frontalières, en conformité avec les prescriptions légales nationales des Parties contractantes, par les dispositions du présent accord.

Partie II
Organisation de la coopération

Article 3

La coopération entre les autorités visées à l'article 1er y compris leurs services subordonnés et les forces opérationnelles correspondantes s'exerce dans le cadre des structures et des compétences existantes. Elle s'exerce également dans des centres de coopération policière et douanière ci-après dénommés «centres communs».

Titre 1
Coopération dans les centres communs

Article 4

(1) Des centres communs sont installés comme services d'échange d'informations et de coordination entre les autorités des deux Parties contractantes visées à l'article 1er, sur le territoire national de l'un ou de l'autre des deux Etats dans leurs zones frontalières. Les Länder de Bade-Wurtemberg, de Rhénanie-Palatinat et de Sarre décident séparément de leur participation aux centres communs. Ces centres communs peuvent fonctionner en permanence. Leur nombre et leur siège sont déterminés par la voie d'un échange de notes.

(2) In den gemeinsamen Zentren arbeiten Angehörige aller Polizeidienste und der Zollverwaltungen im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten räumlich unmittelbar zusammen, um in Angelegenheiten, die die Grenzgebiete betreffen – unbeschadet des Dienstverkehrs und des Informationsaustausches über die nationalen Zentralstellen –, Informationen auszutauschen, zu analysieren und weiterzusteuern, sowie in Fällen, in denen die Aufgabenbereiche von mehreren Behörden verschiedener Dienstzweige berührt sind, bei der Koordinierung von Einsatzmaßnahmen mitzuwirken. Den gemeinsamen Zentren obliegt nicht die selbständige Durchführung operativer Einsätze.

(3) Die Informations- und Koordinierungstätigkeiten nach Absatz 2 beziehen sich auf das gesamte in Artikel 2 bezeichnete Aufgabengebiet. Soweit die Aufgaben in die Zuständigkeit der Länder fallen, gilt Satz 1 vorbehaltlich der Zustimmung der Länder Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland. Sofern sich ein Land nicht an solchen Zentren beteiligt, werden die Informations- und Koordinierungstätigkeiten dort innerhalb der bestehenden Strukturen wahrgenommen.

(4) Die unmittelbare Zusammenarbeit der in Artikel 1 genannten Behörden nach Artikel 9 und 10 bleibt unberührt.

(5) Artikel 11 Absatz 2 gilt entsprechend.

(6) In den gemeinsamen Zentren können die Bediensteten auch über die Aufgabe nach Absatz 1 hinausgehende, nicht operative Tätigkeiten mit Wirkung für die sie entsendenden Behörden ausüben.

Artikel 5

Die Bediensteten in den gemeinsamen Zentren übermitteln einander systematisch die nach einheitlichem Standard erhobenen Sachinformationen. In Einzelfällen können sie auch personenbezogene Daten austauschen, die zur Aufklärung von Straftaten, für die in Artikel 46 Absatz 1 des Schengener Durchführungsübereinkommens vorgesehene Zusammenarbeit sowie für die Rückübernahme von Angehörigen von Drittstaaten erforderlich sind. Sie bewerten die Informationen und erstellen ein gemeinsames Lagebild.

Artikel 6

Die Koordinierungsfunktion umfaßt

1. in den Fällen des Artikels 4 Absatz 2 insbesondere
   - Abstimmung von Aufklärungs- und Überwachungsmaßnahmen in den Grenzgebieten,
   - Abstimmung von Einsätzen sowie von grenzüberschreitenden Fahndungsmaßnahmen, zum Beispiel Ringalarmfahndungen nach Maßgabe im voraus festgelegter Pläne,
   - unterstützende Aktivitäten bei der technischen Durchführung grenzüberschreitender Observations- und Nacheilehandlungen nach Artikel 40 und 41 des Schengener Durchführungsübereinkommens,
2. die Vorbereitung und Mitwirkung bei der Überstellung von Ausländern auf der Grundlage von zwischen den Vertragsparteien geltenden Übereinkünften.

Artikel 7

(1) Die in den gemeinsamen Zentren tätigen Bediensteten beider Vertragsparteien pflegen eine vertrauensvolle Zusammenarbeit, unterstützen sich gegenseitig und erledigen ihre Aufgaben im Team.

(2) Die Vertragsparteien übermitteln einander eine ständig aktualisierte Liste der in die gemeinsamen Zentren entsandten Bediensteten. Jede Vertragspartei kann dem Einsatz oder der Weiterverwendung eines Bediensteten der anderen Vertragspartei in dem gemeinsamen Zentrum widersprechen.

(2) Dans les centres communs, les agents de l'ensemble des services de police et de douane, installés dans des locaux communs et agissant dans le cadre de leurs compétences respectives, travaillent en étroite collaboration aux fins d'échanger, analyser et transmettre des informations sur des affaires ayant pour cadre la zone frontalière - sans préjudice des relations de services et de l'échange d'informations par les organes centraux nationaux - et pour participer à la coordination des interventions dans les cas où les attributions de plusieurs autorités de différents secteurs sont concernées. Les centres communs ne peuvent effectuer de façon autonome des interventions à caractère opérationnel.

(3) Les activités d'information et de coordination visées au paragraphe 2 du présent article concernent l'ensemble des missions mentionnées à l'article 2. Dans la mesure où ces actions relèvent de la compétence des Länder, la disposition contenue dans la première phrase s'applique sous réserve de l'approbation des Länder de Bade-Wurtemberg, de Rhénanie-Palatinat et de Sarre. Si un Land ne participe pas à ces centres, les activités d'information et de coordination sont assurées dans le cadre des structures existantes.

(4) La coopération directe entre les autorités visées à l'article 1er, telle que prévue aux articles 9 et 10, n'est pas affectée.

(5) L'article 11, paragraphe 2 s'applique de façon analogue.

(6) Les agents en poste dans les centres communs peuvent, au-delà de leurs attributions mentionnées au paragraphe 1 du présent article, exercer des missions non opérationnelles au profit de leurs autorités d'envoi.

Article 5

Les agents travaillant dans les centres communs se transmettent systématiquement les informations factuelles recueillies selon un standard commun. Dans des cas particuliers, ils peuvent aussi échanger des données à caractère personnel nécessaires à la recherche de faits punissables, à la coopération prévue à l'article 46 paragraphe 1 de la convention d'application de l'accord de Schengen ainsi qu'à la réadmission de ressortissants d'Etats tiers. Ils analysent les informations et procèdent à une évaluation commune de la situation.

Article 6

La coordination comprend:

1. dans les cas visés à l'article 4, paragraphe 2 notamment:
   - l'harmonisation de mesures de recherche et de surveillance dans la zone frontalière,
   - l'harmonisation d'interventions et de mesures de recherche transfrontalières telles que les opérations de recherche d'urgence déclenchées dans un périmètre déterminé en suivant des plans préalablement définis,
   - les activités de soutien pour l'exécution technique des mesures d'observation et de poursuite transfrontalières conformément aux articles 40 et 41 de la convention d'application de l'accord de Schengen,
2. des mesures de préparation et d'assistance dans la remise d'étrangers sur la base des conventions en vigueur entre les Parties contractantes.

Article 7

(1) Les agents des deux Parties contractantes qui travaillent dans les centres communs coopèrent en toute confiance, se prêtent mutuellement assistance et remplissent leurs tâches en équipe.

(2) Les Parties contractantes se transmettent réciproquement une liste tenue à jour des agents affectés dans les centres communs. Chaque Partie contractante peut s'opposer à l'affectation ou au maintien en fonction dans un centre commun d'un agent de l'autre partie contractante.

(3) Die Bediensteten in den gemeinsamen Zentren unterstehen der Weisungs- und Disziplinargewalt ihrer jeweiligen nationalen Behörden. Organisation und Geschäftsablauf in den gemeinsamen Zentren werden durch dazu bestimmte Bedienstete der Vertragsparteien gemeinsam geregelt.

(3) Les agents des centres communs sont soumis au pouvoir hiérarchique et au pouvoir disciplinaire de leurs autorités nationales respectives. L'organisation et le déroulement de l'activité dans les centres communs sont réglés conjointement par les agents désignés à cet effet par les Parties contractantes.

Artikel 8

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien legen einvernehmlich die Räumlichkeiten und die Ausstattung der gemeinsamen Zentren sowie die Modalitäten ihrer Nutzung fest.

(2) Die gemeinsamen Zentren werden durch Amtsschilder und Hoheitszeichen der beiden Vertragsparteien gekennzeichnet.

(3) Die Vertragspartei, auf deren Hoheitsgebiet sich ein gemeinsames Zentrum befindet, ermöglicht die Errichtung und den Betrieb der für die Tätigkeiten der Bediensteten der anderen Vertragspartei erforderlichen Fernmeldeanlagen und elektronischen Datenverarbeitungsanlagen sowie deren Verbindung mit den entsprechenden Anlagen der anderen Vertragspartei. Der Betrieb der Anlagen gilt als interner Verkehr des Nachbarstaates.

(4) Über die gleichmäßige Verteilung der Kosten wird eine gesonderte Vereinbarung getroffen.

Article 8

(1) Les autorités compétentes des Parties contractantes déterminent, d'un commun accord, les locaux et l'équipement des centres communs, ainsi que les modalités de leur utilisation.

(2) Les centres communs sont marqués par des enseignes et les emblèmes des deux Parties contractantes.

(3) La Partie contractante sur le territoire de laquelle se trouve un centre commun permet d'installer et d'exploiter les installations de télécommunication et les équipements informatiques nécessaires à l'activité des agents de l'autre partie contractante ainsi que leur liaison avec les installations correspondantes de l'autre Partie contractante. L'exploitation des installations est considérée comme communication interne de l'Etat voisin.

(4) La répartition équitable des coûts fera l'objet d'un accord séparé.

Abschnitt 2
Unmittelbare Zusammenarbeit

Artikel 9

Die in Artikel 1 genannten Behörden einschließlich ihrer nachgeordneten Dienststellen und zugehörigen Einsatzkräfte pflegen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten eine enge unmittelbare Kooperation.

Artikel 10

(1) Unbeschadet der Zusammenarbeit nach Artikel 4 können die in Artikel 1 aufgeführten Behörden, nachgeordneten Dienststellen und zugehörigen Einsatzkräfte der einen Vertragspartei mit solchen der anderen Vertragspartei eine direkte Kooperation betreiben. Sie besteht außer in regelmäßigen Kontakten vor allem darin, daß Bedienstete untereinander für einen befristeten Zeitraum entsandt werden. Deren Aufgabe ist es, bei der Stelle im Nachbarstaat Verbindungsfunktionen wahrzunehmen, ohne dabei hoheitlich zu handeln.

(2) Vollzugsbeamte der französischen Polizeidienste können in der Bundesrepublik Deutschland im Einvernehmen mit den zuständigen französischen Stellen mit Aufgaben des polizeilichen Vollzugsdienstes nach Maßgabe der hierfür geltenden Vorschriften beider Vertragsparteien betraut werden.

Artikel 11

(1) Die Behörden nach Artikel 1 ergreifen umgehend alle zur Vertiefung ihrer Zusammenarbeit geeigneten Maßnahmen. Im Rahmen des Informationsaustausches teilen sie sich bei der Bekämpfung der Kriminalität nur die Informationen unmittelbar mit, die für das Grenzgebiet von Bedeutung sind. Sie führen insbesondere herbei

1. eine Intensivierung des Informationsaustausches und der Kommunikationsstrukturen im Rahmen des Titels III des Schengener Durchführungsübereinkommens, indem sie
   - zur Unterstützung der in Artikel 46 Absatz 1 des Schengener Durchführungsübereinkommens vorgesehenen Zusammenarbeit einander direkt über bevorstehende, polizeilich relevante Ereignisse und Aktionen, auch in den Fällen der Observation und Nacheile gemäß Artikel 40 und 41 des Schengener Durchführungsübereinkommens, sowie im Einzelfall über Personalien und Erkenntnisse über Personen rechtzeitig unterrichten,

Titre 2
Coopération directe

Article 9

Les autorités visées à l'article 1er y compris leurs services subordonnés et les unités opérationnelles correspondantes entretiennent, dans le cadre de leurs compétences, une étroite coopération directe.

Article 10

(1) Sans préjudice de la coopération visée à l'article 4, les autorités mentionnées à l'article 1er, les services subordonnés et les forces opérationnelles correspondantes d'une Partie contractante peuvent mettre en place une coopération directe avec leurs homologues de l'autre Partie contractante. Outre les contacts périodiques, cette coopération consiste notamment à détacher réciproquement des agents pour une durée limitée. Ils ont pour tâche d'assumer des fonctions de liaison dans l'Etat voisin sans exercer des droits souverains.

(2) Les agents des services de police français peuvent, en accord avec les autorités françaises compétentes, se voir confier en République fédérale d'Allemagne des missions de police conformément aux législations des deux Parties contractantes applicables à cet effet.

Article 11

(1) Les autorités visées à l'article 1er prennent immédiatement toutes les mesures appropriées pour renforcer leur coopération. Dans le cadre de l'échange d'informations, elles ne se transmettent directement que celles relatives à la lutte contre la criminalité qui revêtent une importance pour la zone frontalière. Elles procèdent notamment à:

1. l'intensification de l'échange d'informations et à l'amélioration des moyens de communication, conformément au titre III de la convention d'application de l'accord de Schengen,
   - en s'informant directement et à temps d'évènements et d'actions imminents intéressant la police, également dans les cas d'observations et de poursuites conformément aux articles 40 et 41 de la convention d'application de l'accord de Schengen et, ponctuellement, de l'identité et de renseignements concernant des personnes, pour se prêter l'assistance nécessaire à la coopération prévue à l'article 46 paragraphe 1 de la convention d'application de l'accord de Schengen,

- in Einzelfällen einander die Personalien von Beteiligten an Straftaten sowie Informationen über den Sachverhalt, Täterverbindungen und über typisches Täterverhalten mitteilen,
- sich gegenseitig unbeschadet der von den gemeinsamen Zentren übermittelten Informationen weitere bedeutsame Daten für die Einsatzplanung zuleiten,
- Ansprechpartner für verschiedene Aufgabenbereiche benennen, die über ausreichende Kenntnisse der Sprache sowie der Verwaltungsorganisation des Nachbarstaates verfügen,
- ein gemeinsames Verzeichnis mit Angaben über Zuständigkeiten und Erreichbarkeiten erstellen und jeweils aktualisieren,
- bis zur Umstellung auf europäisch einheitliche Ausstattungen und Frequenzen Funkverbindungen durch Austausch von Geräten halten;

2. eine Intensivierung der Kooperation bei Einsätzen zur Verhütung und Verfolgung von Straftaten sowie zur Gefahrenabwehr, indem sie, soweit nicht nach Artikel 4 Absatz 2 das gemeinsame Zentrum tätig wird,
   - Einsätze in den gegenüberliegenden Grenzgebieten nach Maßgabe von Plänen, die eine wirksame Nutzung der Kräfte gewährleisten, koordinieren,
   - bei Bedarf gemeinsame Einsatzleitungen und Befehlsstellen bilden,
   - je nach Erforderlichkeit gemischt besetzte Kontroll-, Observations- und Ermittlungsgruppen einrichten, in denen die Bediensteten der einen Vertragspartei im Rahmen ihrer jeweiligen nationalen Zuständigkeit bei Einsätzen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Informations- und Beratungsfunktionen versehen,
   - sich nach Maßgabe gemeinsam festgelegter Pläne an grenzüberschreitenden Fahndungsaktionen, zum Beispiel an Ringalarmfahndungen nach flüchtigen Straftätern, beteiligen,
   - gemeinsame Programme der Kriminalprävention planen und durchführen;
3. einen Ausbau der behördlichen Kontakte und der Aktivitäten auf dem Felde der dezentralen Aus- und Fortbildung, indem
   - Lehrpläne für die örtliche Aus- und Fortbildung einander zur Verfügung gestellt, Möglichkeiten zur Teilnahme an solchen Veranstaltungen eingeräumt und gemeinsame Programme für die Fortbildung erarbeitet werden,
   - gemeinsame grenzüberschreitende Übungen durchgeführt und
   - Vertreter des jeweiligen Nachbarstaates zur Teilnahme an besonderen Einsätzen als Beobachter eingeladen werden.

(2) In Fällen von herausragender oder überregionaler Bedeutung sind die nationalen Zentralstellen umgehend zu beteiligen.

Abschnitt 3

Allgemeine Bestimmungen für die Zusammenarbeit

Artikel 12

(1) Bedienstete, die gemäß Artikel 10 zu einer Dienststelle der anderen Vertragspartei entsandt werden, sind Verbindungsbeamte im Sinne des Artikels 47 oder des Artikels 125 des Schengener Durchführungsübereinkommens.

- en se communiquant ponctuellement l'identité des personnes impliquées dans des faits punissables ainsi que les informations sur ces faits, sur les contacts et les comportements typiques de malfaiteurs,
- en se transmettant réciproquement, sans préjudice des informations échangées par les centres communs, d'autres données utiles à l'élaboration des plans d'intervention,
- en désignant, pour différents domaines, des personnes à contacter qui disposent de connaissances suffisantes de la langue ainsi que de l'organisation administrative de l'Etat voisin,
- en mettant au point et actualisant une liste commune des compétences et des heures d'accessibilité,
- en maintenant des contacts radio par l'échange d'appareils en attendant la mise en place d'équipements et de fréquences uniformes à l'échelon européen;

2. une intensification de la coopération en cas d'opérations effectuées pour la prévention et la recherche de faits punissables, ainsi que pour prévenir des menaces, si ce n'est pas le centre commun conformément à l'article 4, paragraphe 2 qui entre en action,
   - en coordonnant l'intervention des forces, de part et d'autre de la frontière, selon des plans assurant une exploitation efficace des moyens,
   - en instituant, en cas de besoin, des centres opérationnels et de commandement communs,
   - en instituant, en fonction des besoins, des groupes mixtes de contrôle, d'observation et de recherche où les agents d'une Partie contractante exercent, dans le cadre de leurs compétences nationales respectives, des fonctions d'information et de conseil en cas d'intervention sur le territoire national de l'autre Partie contractante,
   - en participant, en fonction de plans établis en commun, à des recherches transfrontalières, par exemple à des opérations de recherche d'urgence déclenchées dans un périmètre déterminé et destinées à intercepter des malfaiteurs en fuite,
   - en préparant et en réalisant des programmes communs en matière de prévention de la criminalité,
3. un élargissement des contacts entre les différents services et à une multiplication des activités dans le domaine de la formation et du perfectionnement décentralisés,
   - en échangeant leurs programmes de formation et de perfectionnement à l'échelon local, en prévoyant des possibilités pour participer à des séminaires correspondants et en élaborant des programmes de perfectionnement communs,
   - en organisant des exercices transfrontaliers communs et,
   - en invitant des représentants de l'Etat voisin à participer à des interventions particulières comme observateurs.

(2) Dans des cas d'une particulière gravité ou revêtant un caractère suprarégional, il convient d'associer immédiatement les autorités centrales nationales.

Titre 3

Dispositions générales pour la coopération

Article 12

(1) Les agents détachés auprès d'un service de l'autre Partie contractante conformément à l'article 10, sont des fonctionnaires de liaison au sens de l'article 47 ou de l'article 125 de la convention d'application de l'accord de Schengen.

(2) Die Vertragsparteien gewähren den gemäß Artikel 10 entsandten Bediensteten sowie den Bediensteten des Nachbarstaates, die gemäß Artikel 4 in einem auf ihrem Hoheitsgebiet gelegenen gemeinsamen Zentrum tätig sind, bei der Ausübung des Dienstes den gleichen Schutz und Beistand wie den eigenen Bediensteten.

(3) Bedienstete einer Vertragspartei, die im Rahmen dieses Abkommens ihren Dienst auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ausüben, werden in bezug auf die Straftaten, denen sie zum Opfer fallen oder die sie begehen würden, den Bediensteten des Nachbarstaates gleichgestellt.

(4) Bedienstete, die gemäß Artikel 4 oder Artikel 10 Absatz 1 ihren Dienst auf dem Hoheitsgebiet des Nachbarstaates auszuüben haben, können dort ihre nationale Dienstkleidung oder ein sichtbares Kennzeichen tragen. Sie können ihre Dienstwaffe mitführen, dürfen diese aber nur im Falle der Notwehr gebrauchen; das Mitführen sonstiger Zwangsmittel ist zulässig.

(5) Die Bediensteten des Nachbarstaates bleiben in bezug auf ihr Dienstverhältnis sowie in disziplinarrechtlicher Hinsicht den gesetzlichen Vorschriften ihres Staates unterworfen.

(6) Auf die Haftung für Schäden, die in Ausübung des Dienstes gemäß Artikel 4 oder Artikel 10 Absatz 1 verursacht werden, findet Artikel 43 des Schengener Durchführungsübereinkommens entsprechende Anwendung.

(2) Les Parties contractantes accordent aux agents détachés conformément à l'article 10 ainsi qu'aux agents de l'Etat voisin qui travaillent, conformément à l'article 4, dans un centre commun situé sur leur territoire national, la même protection et la même assistance qu'à leurs propres agents dans l'exercice de leurs missions.

(3) Pour l'application du présent accord, les agents d'une Partie contractante en mission sur le territoire de l'autre Partie contractante seront assimilés aux agents de celle-ci en ce qui concerne les infractions dont ils seraient victimes ou qu'ils commettraient.

(4) Les agents qui, conformément à l'article 4 ou à l'article 10, paragraphe 1, doivent exercer leurs fonctions sur le territoire national de l'Etat voisin, peuvent porter leur tenue de service nationale ou un signe distinctif visible. Ils peuvent porter leur arme de service dont l'utilisation n'est autorisée qu'en cas de légitime défense, ainsi que les autres moyens de contrainte autorisés.

(5) Les agents de l'Etat voisin restent soumis, en ce qui concerne leur situation statutaire et disciplinaire, aux prescriptions légales de leur Etat d'origine.

(6) En ce qui concerne la responsabilité en cas de dommages causés par les agents dans le cadre de l'exercice de leur mission conformément à l'article 4 ou à l'article 10, paragraphe 1, il est fait application des dispositions pertinentes de l'article 43 de la convention d'application de l'accord de Schengen.

Artikel 13

Auf die Verwendung personenbezogener Daten finden Artikel 126 bis 130 des Schengener Durchführungsübereinkommens Anwendung.

Article 13

La transmission de données à caractère personnel s'effectue selon les modalités prévues aux articles 126 à 130 de la convention d'application de l'accord de Schengen.

Artikel 14

(1) In Anwendung des Artikels 39 des Schengener Durchführungsübereinkommens können neben den nationalen Zentralstellen hinsichtlich ihres gesamten Zuständigkeitsbereiches die in Artikel 1 aufgeführten Polizeibehörden und ihre nachgeordneten Dienststellen bei der vorbeugenden Bekämpfung und der Aufklärung von Straftaten Ersuchen um Hilfe insbesondere in den nachfolgenden Bereichen einander direkt übermitteln:

- Halterfeststellungen und Fahrerermittlungen,
- Führerscheinanfragen,
- Aufenthalts- und Wohnsitzfeststellungen,
- Feststellung von Telefonanschlußinhabern,
- Identitätsfeststellungen,
- Polizeiliche Erkenntnisse aus Datensystemen und polizeilichen Unterlagen,
- Polizeiliche Erkenntnisse über Rauschgiftfälle,
- Informationen bei grenzüberschreitenden Observationsmaßnahmen (Eilfälle),
- Informationen bei grenzüberschreitender Nacheile,
- Vorbereitung von Plänen und Abstimmung von Maßnahmen im Bereich der Fahndung sowie Einleitung von Sofortfahndungen,
- Verkaufsweganfragen insbesondere betreffend Waffen und Kraftfahrzeuge,
- Spurenabklärungen.

(2) Die gemäß Absatz 1 ersuchten Polizeibehörden der Vertragspartei erledigen das Ersuchen unmittelbar, soweit die Bearbeitung nicht nach nationalem Recht den Justizbehörden vorbehalten ist. In diesem Fall wird das Ersuchen direkt und unverzüglich an die örtlich zuständige Justizbehörde weitergeleitet, die es wie ein justitielles Ersuchen behandelt und die Antwort über die ursprünglich ersuchte Polizeibehörde an die ersuchende Behörde übermittelt. Der unmittelbare polizeiliche Geschäftsweg

Article 14

(1) En application de l'article 39 de la convention d'application de l'accord de Schengen, à côté des autorités centrales nationales, en vertu de leurs compétences générales, les autorités de police visées à l'article 1er et leurs services subordonnés peuvent, aux fins de la prévention et de la recherche de faits punissables, se transmettre directement les demandes d'assistance portant notamment sur les domaines suivants:

- identification des détenteurs de véhicules et des conducteurs,
- demandes concernant des permis de conduire,
- recherches d'adresses actuelles et de résidences,
- identification de titulaires de lignes téléphoniques,
- établissement de l'identité des personnes,
- renseignements de police compris dans des fichiers informatisés ou autres documents des services de police,
- renseignements de police relatifs à des affaires de stupéfiants,
- informations lors d'observations transfrontalières (cas d'urgence),
- informations lors de poursuites transfrontalières,
- préparation de plans et harmonisation de mesures de recherche, ainsi que le déclenchement de recherches en urgence,
- demandes concernant les circuits de ventes, en particulier d'armes et de véhicules,
- vérifications de la présence de traces matérielles.

(2) Les autorités de police de la Partie contractante requises sur la base du paragraphe 1 répondent directement aux demandes pour autant que le droit national n'en réserve pas le traitement aux autorités judiciaires. Dans cette hypothèse, la demande d'assistance est transmise directement et sans délai à l'autorité judiciaire territorialement compétente qui la traite comme une demande d'entraide judiciaire et adresse la réponse à l'autorité requérante par l'intermédiaire des services de police

ist ausgeschlossen, wenn das Ersuchen oder seine Erledigung Zwangsmaßnahmen erfordert.

(3) In Fällen von herausragender oder überregionaler Bedeutung werden die nationalen Zentralstellen über das unmittelbar übermittelte Ersuchen unverzüglich unterrichtet. Dies gilt auch für die Auslösung von Sofortfahndungen und deren Ergebnis.

(4) Die in Anwendung dieses Artikels erlangten Informationen dürfen von der ersuchenden Vertragspartei nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts und gemäß Artikel 13 dieses Abkommens verwendet werden.

(5) Die Zusammenarbeit der Zollverwaltungen erfolgt gemäß den Bestimmungen des Übereinkommens zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union über die Zollzusammenarbeit in seiner jeweils geltenden Fassung.

initialement saisis. La voie de l'assistance policière directe est exclue dès lors que la demande ou son exécution implique des mesures coercitives.

(3) Les autorités centrales nationales sont informées immédiatement de la demande directement transmise, dès lors qu'elle est d'une gravité particulière ou qu'elle revêt un caractère suprarégional. Ceci vaut également pour le déclenchement de recherches en urgence et leurs résultats.

(4) Les renseignements obtenus en application du présent article sont utilisés par la Partie contractante requérante conformément à son droit interne et aux dispositions de l'article 13 du présent accord.

(5) La coopération entre les administrations douanières s'opère dans le respect des dispositions de la convention passée entre les Etats membres de l'Union européenne et relative à la coopération douanière dans sa version en vigueur.

Artikel 15

(1) Die grenzüberschreitende Observation richtet sich nach den in Artikel 40 des Schengener Durchführungsübereinkommens genannten Voraussetzungen. Der Öffentlichkeit zugängliche Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräume dürfen während ihrer jeweiligen Öffnungszeiten betreten werden.

(2) Zuständige Bewilligungsbehörden sind

1. in der Bundesrepublik Deutschland
   - in Baden-Württemberg die Staatsanwaltschaft, in deren Zuständigkeitsbereich der Grenzübertritt voraussichtlich erfolgen soll; ist der Ort des voraussichtlichen Grenzübertritts nicht bekannt, ist zuständige Bewilligungsbehörde die Generalstaatsanwaltschaft Karlsruhe
   - in Rheinland-Pfalz der leitende Oberstaatsanwalt in Zweibrücken oder der leitende Oberstaatsanwalt in Landau
   - im Saarland die Staatsanwaltschaft Saarbrücken.

   Die erteilte Bewilligung zur Durchführung der Observation gilt für das gesamte Bundesgebiet.
2. in der Französischen Republik die Zentraldirektion der Kriminalpolizei.

(3) Das Rechtshilfeersuchen ist unmittelbar an die zuständige Bewilligungsbehörde zu richten. Eine Kopie des Rechtshilfeersuchens soll außer den in Artikel 40 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 40 Absatz 5 des Schengener Durchführungsübereinkommens genannten Stellen

1. in der Bundesrepublik Deutschland
   - dem Landeskriminalamt Baden-Württemberg in Stuttgart,
   - dem Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz in Mainz,
   - dem Landeskriminalamt Saarland in Saarbrücken,
   - dem Zollkriminalamt in Köln,

   soweit davon jeweils betroffen,
2. in der Französischen Republik den gemeinsamen Zentren

zugeleitet werden.

(4) Der Grenzübertritt ist in Fällen einer Observation nach Artikel 40 Absatz 2 des Schengener Durchführungsübereinkommens

1. in der Bundesrepublik Deutschland
   - für Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz den gemeinsamen Zentren
   - im Saarland dem Landeskriminalamt

Article 15

(1) L'observation transfrontalière s'exerce en application de l'article 40 de la convention d'application de l'accord de Schengen. Il est possible de pénétrer dans les lieux de travail, locaux d'entreprises ou d'affaires accessibles au public pendant leurs heures respectives d'ouverture.

(2) Les autorités compétentes pour délivrer l'autorisation sont:

1. En République fédérale d'Allemagne:
   - en Bade-Wurtemberg, le parquet compétent pour l'endroit où le franchissement de la frontière aura probablement lieu. Si le lieu du franchissement probable de la frontière n'est pas connu, l'autorité compétente pour délivrer l'autorisation est le parquet général de Karlsruhe,
   - en Rhénanie-Palatinat, les parquets de Deux-Ponts (Zweibrücken) ou Landau,
   - en Sarre, le parquet de Sarrebruck.

   L'autorisation octroyée concernant l'exécution de l'observation s'applique à l'ensemble du territoire fédéral.
2. en République française la Direction centrale de la Police judiciaire.

(3) La demande d'entraide judiciaire doit être transmise immédiatement à l'autorité compétente pour délivrer l'autorisation. Une copie de cette demande devra être transmise, à côté des autorités visées à l'article 40 paragraphes 1 et 5 de la convention d'application de l'accord de Schengen:

1. En République fédérale d'Allemagne:
   - à l'office régional de police criminelle (Landeskriminalamt) du Bade-Wurtemberg à Stuttgart,
   - à l'office régional de police criminelle de Rhénanie-Palatinat à Mayence,
   - à l'office régional de police criminelle de Sarre à Sarrebruck,
   - à l'office criminel des douanes (Zollkriminalamt) à Cologne, dans la mesure où ils sont concernés.
2. en République française aux centres communs.

(4) Dans les cas d'une observation conformément à l'article 40 paragraphe 2 de la convention d'application de l'accord de Schengen, le franchissement de la frontière doit être communiqué:

1. En République fédérale d'Allemagne:
   - pour le Bade-Wurtemberg et la Rhénanie-Palatinat, aux centres communs
   - pour la Sarre, à l'office régional de police criminelle

2. in der Französischen Republik den gemeinsamen Zentren

mitzuteilen.

Die in Artikel 40 Absatz 5 des Schengener Durchführungsübereinkommens genannten Stellen sind unverzüglich zu unterrichten.

(5) Änderungen dieser Zuständigkeiten werden der anderen Vertragspartei durch Notifikation mitgeteilt.

2. en République française aux centres communs.

Les autorités visées à l'article 40 paragraphe 5 de la convention d'application de l'accord de Schengen doivent être immédiatement informées.

(5) Les changements éventuels concernant ces compétences sont notifiés à l'autre Partie contractante.

Artikel 16

(1) Die grenzüberschreitende Nacheile richtet sich nach den in Artikel 41 des Schengener Durchführungsübereinkommens genannten Voraussetzungen sowie den dazu erlassenen Durchführungsregelungen und Leitlinien unter Beachtung der gemäß Artikel 41 Absatz 9 des Schengener Durchführungsübereinkommens abgegebenen nationalen Erklärungen. Der Öffentlichkeit zugängliche Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräume dürfen während ihrer jeweiligen Öffnungszeiten betreten werden.

(2) Im Falle einer grenzüberschreitenden Nacheile sind spätestens beim Grenzübertritt zu benachrichtigen

1. in der Bundesrepublik Deutschland
   - in Baden-Württemberg die Landespolizeidirektion Freiburg oder die Landespolizeidirektion Karlsruhe,
   - in Rheinland-Pfalz das Polizeipräsidium Rheinpfalz oder das Polizeipräsidium Westpfalz,
   - im Saarland das Landeskriminalamt;
2. in der Französischen Republik die gemeinsamen Zentren, die den örtlich zuständigen Staatsanwalt benachrichtigen werden.

Änderungen dieser Zuständigkeiten werden der anderen Vertragspartei durch Notifikation mitgeteilt.

(3) Die jeweils örtlich zuständige Behörde (in der Französischen Republik der örtlich zuständige Staatsanwalt) kann die Einstellung der Nacheile verlangen.

(4) In Fällen von herausragender Bedeutung oder wenn die Nacheile über das Grenzgebiet hinausgegangen ist, sind die nationalen Zentralstellen zu unterrichten.

Article 16

(1) La poursuite transfrontalière s'exerce conformément à l'article 41 de la convention d'application de l'accord de Schengen et à ses textes de mise en oeuvre en tenant compte des déclarations nationales prévues à l'article 41, paragraphe 9 de la convention d'application de l'accord de Schengen. Il est possible de pénétrer dans les lieux de travail, locaux d'entreprises ou d'affaires accessibles au public pendant leurs heures respectives d'ouverture.

(2) La poursuite transfrontalière doit être communiquée au plus tard au moment du franchissement de la frontière:

1. En République fédérale d'Allemagne:
   - au Bade-Wurtemberg, à la direction de police de Land (Landespolizeidirektion) de Fribourg ou à la direction de police de Land (Landespolizeidirektion) de Karlsruhe,
   - en Rhénanie-Palatinat, aux présidences de police (Polizeipräsidien) de Rheinpfalz ou de Westpfalz,
   - en Sarre, à l'office régional de police criminelle (Landeskriminalamt).
2. en République française aux centres communs qui aviseront le procureur de la République territorialement compétent.

Les changements concernant ces compétences sont notifiés à l'autre Partie contractante.

(3) L'autorité localement compétente (en République française, le procureur de la République territorialement compétent) peut demander l'arrêt de la poursuite.

(4) Dans les cas d'une gravité particulière ou lorsque la poursuite a dépassé la zone frontalière, il convient d'en informer les autorités centrales nationales.

Artikel 17

(1) Bei der Durchführung einer grenzüberschreitenden Observation oder Nacheile unterliegen Polizei- und Zollbeamte des Nachbarstaates denselben verkehrsrechtlichen Bestimmungen wie die Polizei- und Zollbeamten der Vertragspartei, auf deren Hoheitsgebiet die Observation oder Nacheile fortgesetzt wird. Die Vertragsparteien unterrichten einander über die jeweils geltende Rechtslage.

(2) Zur Unterstützung der grenzüberschreitenden Observation oder Nacheile erforderliche technische Mittel dürfen eingesetzt werden, soweit dies nach dem Recht der Vertragspartei, auf deren Hoheitsgebiet die Observation oder Nacheile fortgesetzt wird, zulässig ist.

(3) Die Vertragsparteien werden schnellstmöglich die erforderlichen Voraussetzungen herbeiführen, damit bei der grenzüberschreitenden Observation oder Nacheile oder bei sonstigen zwischen den in Artikel 1 genannten Behörden abgestimmten grenzüberschreitenden Einsatzmaßnahmen auch Luftfahrzeuge der Polizeibehörden eingesetzt werden können. Die Vertragsparteien unterrichten sich gegenseitig über das Vorliegen dieser Voraussetzungen und bemühen sich, diese Möglichkeit auch der Zollverwaltung einzuräumen.

Article 17

(1) Lors d'une observation ou d'une poursuite transfrontalières, les agents de police ou de douane de l'Etat voisin sont soumis, pour ce qui concerne la circulation, aux mêmes dispositions légales que les policiers et les douaniers de la Partie contractante sur le territoire de laquelle s'exerce l'observation ou la poursuite. Les Parties contractantes s'informent mutuellement de la réglementation en vigueur sur ce point.

(2) Les moyens techniques nécessaires pour faciliter l'observation ou la poursuite transfrontalières peuvent être utilisés pour autant que cela est admis par la législation de la Partie contractante sur le territoire national de laquelle l'observation ou la poursuite est effectuée.

(3) Les Parties contractantes s'engagent à réunir le plus rapidement possible les conditions préalables à l'utilisation par les services de police des moyens aériens, dans le cadre de l'observation ou de la poursuite ou à l'occasion d'autres interventions transfrontalières décidées en commun par les autorités désignées à l'article 1er. Les Parties contractantes s'informent mutuellement de la réalisation de ces conditions et s'efforcent d'étendre cette possibilité aux autorités douanières.

Artikel 18

Soweit es verkehrsbedingt notwendig ist, dürfen die Polizei- und Zollbeamten das Hoheitsgebiet des Nachbarstaates bis zur

Article 18

Si l'agencement des voies de circulation l'impose, les agents des services de police et de douane dans l'exercice de leurs mis-

nächsten Wendemöglichkeit befahren, um das eigene Hoheitsgebiet wieder zu erreichen.

sions, peuvent circuler sur le territoire national de l'Etat voisin jusqu'à la prochaine possibilité de faire demi-tour pour retourner sur leur propre territoire.

Artikel 19

(1) Polizei- und Zollbeamte der Vertragsparteien dürfen in den Fällen der Artikel 40 und 41 des Schengener Durchführungsübereinkommens sowie der Artikel 12 und 18 dieses Abkommens beim Grenzübertritt ihre nationale Dienstkleidung tragen und die nach dem jeweiligen nationalen Recht des Staates, aus dessen Hoheitsgebiet sie kommen, zugelassenen Dienstwaffen und sonstigen Zwangsmittel mitführen.

(2) Die zuständigen Stellen unterrichten sich über die jeweils zugelassen Dienstwaffen und sonstigen Zwangsmittel.

(3) Der Gebrauch der Dienstwaffe ist nur im Falle der Notwehr zulässig.

Article 19

(1) Les agents des services de police et de douane des Parties contractantes, agissant dans le cadre des articles 40 et 41 de la convention d'application de l'accord de Schengen ainsi que des articles 12 et 18 du présent accord, peuvent porter, au moment du franchissement de la frontière, leur uniforme ainsi que leur arme de service et d'autres moyens de contrainte autorisés par leur législation nationale.

(2) Les organes compétents échangent des informations sur les armes de service et les autres moyens de contrainte autorisés.

(3) L'utilisation de l'arme de service n'est autorisée qu'en cas de légitime défense.

Teil III

Durchführungs- und Schlußbestimmungen

Artikel 20

Die zuständigen Stellen der Vertragsparteien und der Länder Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland können auf der Grundlage und im Rahmen dieses Abkommens weitere Absprachen treffen, die die verwaltungsmäßige Durchführung und die praktischen Modalitäten zur Umsetzung der Zusammenarbeit in den Grenzgebieten zum Ziel haben.

Artikel 21

Ist eine Vertragspartei der Ansicht, daß die Erfüllung eines Ersuchens oder die Durchführung einer Kooperationsmaßnahme geeignet ist, die eigenen Hoheitsrechte zu beeinträchtigen, die eigene Sicherheit oder andere wesentliche Interessen zu gefährden oder gegen das innerstaatliche Recht zu verstoßen, kann sie die Zusammenarbeit insoweit ganz oder teilweise verweigern oder von bestimmten Bedingungen abhängig machen.

Artikel 22

Die Zustimmung der Länder im Sinne des Artikels 4 Absatz 3 Satz 2 wird der französischen Vertragspartei durch Notifikation mitgeteilt.

Artikel 23

(1) Eine gemeinsame Arbeitsgruppe aus Vertretern der Vertragsparteien überprüft regelmäßig die Umsetzung dieses Abkommens und stellt fest, ob Ergänzungs- und Fortschreibungsbedarf besteht.

(2) Eine Expertengruppe aus Vertretern der in Artikel 1 genannten Behörden tritt regelmäßig oder bei Bedarf zusammen und überprüft die Qualität der Zusammenarbeit, erörtert neue Strategien, stimmt Einsatz-, Fahndungs- und Streifenpläne ab, tauscht statistische Daten aus und koordiniert Arbeitsprogramme.

Artikel 24

Mit dem Inkrafttreten dieses Abkommens tritt das Abkommen vom 3. Februar 1977 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Zusammenarbeit der Polizeibehörden im deutsch-französischen Grenzbereich außer Kraft.

Artikel 25

(1) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Austausch der Erklärungen in Kraft, durch die die Vertragsparteien einander mitteilen, daß die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

Partie III

Dispositions d'application et dispositions finales

Article 20

Les organes compétents des Parties contractantes et des Länder de Bade-Wurtemberg, de Rhénanie-Palatinat et de Sarre peuvent, sur la base et dans le cadre du présent accord, conclure d'autres protocoles d'application ayant trait à l'exécution administrative et aux modalités pratiques de mise en oeuvre de la coopération dans les zones frontalières.

Article 21

Si une Partie contractante estime que la réponse à une demande ou la réalisation d'une mesure de coopération est susceptible de porter atteinte à sa souveraineté, de compromettre sa propre sécurité ou d'autres intérêts essentiels ou de violer sa législation, elle peut refuser totalement ou en partie la coopération ou la soumettre à des conditions déterminées.

Article 22

La Partie contractante française est informée de l'approbation des Länder au sens de l'article 4, paragraphe 3, 2e phrase par notification.

Article 23

(1) Un groupe de travail commun composé de représentants des Parties contractantes vérifie périodiquement la mise en œuvre du présent accord et identifie les compléments ou actualisations éventuellement nécessaires.

(2) Un groupe d'experts composé de représentants des autorités visées à l'article 1er se réunit à intervalles réguliers ou dès lors que la nécessité se fait sentir et vérifie la qualité de la coopération, discute de stratégies nouvelles, harmonise les plans d'intervention, de recherche et de patrouille, échange des statistiques et coordonne des programmes de travail.

Article 24

Est abrogé, avec l'entrée en vigueur du présent accord, l'Accord conclu entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République française relatif à la coopération entre les services de police dans la zone frontalière franco-allemande en date du 3 février 1977.

Article 25

(1) Le présent accord entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois après échange des déclarations par lesquelles les Parties contractantes s'informent mutuellement que les conditions nationales de l'entrée en vigueur sont remplies.

(2) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Es kann von jeder Vertragspartei durch Notifikation gekündigt werden. Die Kündigung wird sechs Monate nach dem Zeitpunkt wirksam, zu dem sie der anderen Vertragspartei zugegangen ist.

(2) Le présent accord est conclu pour une durée illimitée. Chaque Partie contractante pourra le dénoncer par notification. La dénonciation prendra effet six mois après la date de sa réception par l'autre Partie contractante.

Geschehen zu Mondorf am 9. Oktober 1997 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Fait à Mondorf, le 9 octobre 1997 en double exemplaire en langue allemande et en langue française, les deux textes faisant également foi.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
Rolf Jung
Kurt Schelter

Für die Regierung der Französischen Republik
Pour le Gouvernement de la République française
Jean-Pierre Chevènement

Gemeinsame Erklärung der Vertragsparteien anläßlich der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik für die Zusammenarbeit der Polizei- und Zollbehörden in den Grenzgebieten

Déclaration commune des Parties contractantes à l'occasion de la signature de l'accord entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République française relatif à la coopération dans leurs zones frontalières entre les autorités de police et les autorités douanières

Die Vertragsparteien erklären, daß sie nach Unterzeichnung dieses Abkommens eine Prüfung der Schwierigkeiten vornehmen werden, die zwischen den Polizeibehörden im Bereich der Rechtshilfe aufgetreten sind, um eventuelle bilaterale Verbesserungsvorschläge ausarbeiten zu können. Hierbei werden sie den Stand der Verhandlungen zum Abschluß eines Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union berücksichtigen. Die Vertragsparteien streben eine Vertiefung der polizeilichen Aspekte der Rechtshilfe unter Beachtung des innerstaatlichen Rechts und der Zuständigkeit der Justizbehörden an. Angesichts der innerhalb der Europäischen Union laufenden Verhandlungen stimmen die Vertagsparteien überein, daß es zur wirksameren Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität unerläßlich ist, gegebenenfalls untereinander den Einsatz moderner Fahndungs- und Rechtshilfeinstrumente zu fördern.

Les Parties contractantes déclarent qu'après avoir signé le présent accord, elles souhaitent que soit entamé un examen des difficultés rencontrées entre les services de police en matière d'entraide judiciaire, afin de pouvoir élaborer d'éventuelles propositions d'amélioration au plan bilatéral. Ces propositions tiendront compte de l'état des négociations concernant la conclusion d'une Convention sur l'entraide judiciaire en matière pénale entre les Etats-membres de l'Union européenne. Ce faisant, les Parties contractantes souhaitent un approfondissement des aspects policiers de l'entraide judiciaire dans le respect des législations nationales et de la compétence des autorités judiciaires. Au vu des négociations en cours au sein de l'Union européenne et en tant que de besoin, les Parties contractantes s'accordent pour dire qu'afin de lutter plus efficacement contre la criminalité transfrontalière, il est indispensable de favoriser entre elles l'utilisation de moyens modernes d'investigation et d'entraide.

Geschehen zu Mondorf, den 9. Oktober 1997

Fait à Mondorf, le 9 octobre 1997

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
Rolf Jung
Kurt Schelter

Für die Regierung der Französischen Republik
Pour le Gouvernement de la République française
Jean-Pierre Chevènement

Denkschrift zum Abkommen

Mit dem Schengener Durchführungsübereinkommen vom 19. Juni 1990 (SDÜ) haben die ihm zugehörenden Vertragsstaaten die Schaffung eines einheitlichen Freizügigkeits- und Sicherheitsraumes verfolgt. Um Sicherheitsrisiken zu begegnen, die mit dem Wegfall der Personenkontrollen an den Binnengrenzen der Schengenstaaten einhergehen, haben sich diese auf ein Paket von Ausgleichsmaßnahmen verständigt, zu denen u.a. eine vertiefte polizeiliche Kooperation gehört. Für sie besteht in den Grenzgebieten ein besonderes Bedürfnis.

Artikel 39 Abs. 4 SDÜ sieht deshalb vor, daß die Zusammenarbeit in besonderen bilateralen ggf. weitergehenden Vereinbarungen geregelt werden kann. Solche Übereinkünfte bestehen bereits mit Luxemburg und den Niederlanden. Die bilaterale polizeiliche Zusammenarbeit soll nun auch im Verhältnis zu Frankreich auf eine derartige Grundlage gestellt werden und damit das vorhandene Abkommen aus dem Jahre 1977 abgelöst werden.

Wesentlicher Vertragsinhalt

Artikel 1 des Abkommens legt fest, welche Behörden auf deutscher und französischer Seite dem Abkommen unterfallen sollen.

Artikel 2 stellt klar, daß die polizeiliche Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Gefahrenabwehr, der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung, aber auch der Strafverfolgung stattfindet. Die Zollverwaltungen beider Länder werden in die Zusammenarbeit einbezogen, soweit sie Aufgaben bei der Überwachung der Einhaltung von Verboten und Beschränkungen des grenzüberschreitenden Warenverkehrs wahrnehmen.

Artikel 2 Abs. 1 nennt in einer Generalklausel für eine verbesserte polizeiliche Zusammenarbeit auch den repressiven Bereich der Verfolgung von Straftaten. In dieser Hinsicht wird Artikel 2 Abs. 1 insbesondere durch die Artikel 5, 6, 11 und 14 ff. konkretisiert.

Artikel 2 Abs. 2 stellt dabei klar, daß die Zusammenarbeit nur nach Maßgabe der innerstaatlichen Rechtsvorschriften und der völkerrechtlichen Übereinkünfte erfolgt, dieses Abkommen daher nur ergänzenden Charakter hat. Im Bereich der strafrechtlichen Zusammenarbeit werden insbesondere die Artikel 39 ff. des Schengener Durchführungsübereinkommens sowie das Europäische Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1949 sowie der hierzu mit Frankreich abgeschlossene bilaterale Zusatzvertrag vom 24. Oktober 1974 ergänzt.

Artikel 3 stellt grundsätzlich fest, daß die Zusammenarbeit ebenso im Rahmen der bereits bestehenden organisatorischen und personellen Strukturen als auch in noch einzurichtenden gemeinsamen Zentren erfolgt.

Nähere Regelungen hierzu sind in Artikel 4 enthalten, der in seinem Absatz 1 festlegt, daß auf dem Hoheitsgebiet der Vertragspartner grenznahe Zentren eingerichtet werden, in denen der Informationsaustausch und die Koordination zwischen allen beteiligten Behörden der beiden Länder erfolgen sollen.

In Absatz 2 dieses Artikels finden sich nähere Bestimmungen darüber, daß in den gemeinsamen Zentren Bedienstete aller Polizei- und Zolldienststellen räumlich unmittelbar zusammenarbeiten, indem dort Informationen ausgetauscht, analysiert, bewertet und weitergesteuert werden. Die Zentren sollen auch bei der Koordinierung solcher Einsätze mitwirken, bei denen mehrere Behörden betroffen sind, ohne allerdings an diesen Einsätzen selbst operativ – etwa durch Vollzugshandlungen – beteiligt zu sein.

Gemäß Artikel 4 Abs. 3 bezieht sich die Informations- und Koordinierungstätigkeit ausdrücklich auf alle Aufgabengebiete, unterliegt allerdings bei Sachverhalten, die in die Zuständigkeit der Bundesländer Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und des Saarlandes fallen, einem Zustimmungsvorbehalt des jeweiligen Bundeslandes.

Eine Benachrichtigungspflicht der nationalen Zentralstellen regelt Artikel 4 Abs. 5, der unter Verweis auf Artikel 11 Abs. 2 des Abkommens eine umgehende Beteiligung dieser Stellen nur in Fällen von herausragender oder überregionaler Bedeutung vorschreibt.

Artikel 4 Abs. 6 stellt klar, daß in den gemeinsamen Zentren von den dorthin entsandten Bediensteten auch solche Tätigkeiten entfaltet werden können, die über den Errichtungszweck der Zentren nach Artikel 1 hinausgehen.

Gemäß Artikel 5 erfolgt die gegenseitige Übermittlung von Sachinformationen systematisch und nach einem einheitlich geltenden Standard. Darüber hinaus können in Einzelfällen auch personenbezogene Daten ausgetauscht werden, die entweder für repressive oder präventive Zwecke sowie für Rücknahme von Angehörigen aus Drittstaaten erforderlich sind.

Artikel 6 präzisiert die zuvor angesprochene Koordinierungsfunktion der gemeinsamen Zentren. Für Fälle des Artikels 4 Abs. 2 dieses Abkommens wird insbesondere die Abstimmung von Aufklärungs- und Überwachungsmaßnahmen in den Grenzgebieten, die Abstimmung von Einsätzen und grenzüberschreitenden, anlaßbezogenen Fahndungsmaßnahmen, aber auch Unterstützungshandlungen bei der technischen Durchführung grenzüberschreitender Observations- und Nacheilehandlungen im Rahmen des SDÜ vereinbart. Gleiches gilt für die Mitwirkung bei der Überstellung von Ausländern auf der Grundlage der zwischen den Vertragspartnern geltenden Übereinkünften.

Nähere Bestimmungen über die in den gemeinsamen Zentren tätigen Bediensteten enthält Artikel 7, welcher in seinem Absatz 1 eine vertrauensvolle Zusammenarbeit sowie ständige gegenseitige Unterstützung normiert.

Nach Artikel 7 Abs. 2 sind über die dort entsandten und tätigen Bediensteten aktualisierte Listen auszutauschen. Jede der Vertragsparteien hat das Recht, der Verwendung, aber auch der Weiterverwendung bestimmter Bediensteter zu widersprechen. Absatz 3 stellt klar, daß die in den gemeinsamen Zentren eingesetzten Bediensteten ausschließlich der Weisungs- und Disziplinargewalt ihrer jeweiligen nationalen Behörde unterliegen. Unabhängig davon werden Geschäftsablauf und Organisation gemeinsam geregelt.

Artikel 8 Abs. 1 stellt klar, daß die zuständigen Behörden nähere Regelungen zu den gemeinsam zu nutzenden Räumlichkeiten und deren Ausstattung festlegen.

Nach Artikel 8 Abs. 2 erfolgt die Kennzeichnung der gemeinsamen Zentren durch die Anbringung der Hoheitszeichen jeweils beider Vertragsparteien.

Gemäß Artikel 8 Abs. 3 ist die Vertragspartei, auf deren Hoheitsgebiet das jeweilige gemeinsame Zentrum liegt, verpflichtet, für die Errichtung und den Betrieb der für die Tätigkeit der Bediensteten notwendigen Fernmelde- und Datenverarbeitungseinrichtungen Sorge zu tragen. Dies bezieht sich auch auf die Verbindung dieser Anlagen mit denen der jeweils anderen Vertragspartei.

Artikel 8 Abs. 4 trifft zur Frage der Kostentragung selbst noch keine Entscheidung, sondern beschränkt sich auf die Aussage der vertragschließenden Parteien, daß hierüber zu einem späteren Zeitpunkt eine gesonderte Vereinbarung zu treffen ist.

Artikel 9 verpflichtet die in Artikel 1 genannten Behörden ebenso wie die ihnen nachgeordneten Dienststellen und deren Einsatzkräfte, im Rahmen ihrer Zuständigkeiten eine enge unmittelbare Kooperation zu pflegen.

Nach Artikel 10 Abs. 1 ist es über die Regelungen des Artikels 4 hinausgehend zulässig, daß alle auf beiden Seiten in Artikel 1 genannten Behörden und deren Einsatzkräfte miteinander direkt kooperieren, und zwar durch regelmäßige Kontakte, aber auch durch den Austausch von Bediensteten auf den verschiedenen Ebenen, die Aufgaben von Verbindungsbeamten wahrnehmen, ohne jedoch selbst dabei hoheitlich zu handeln.

Gemäß Artikel 10 Abs. 2 können französischen Polizeibeamten auf deutschem Hoheitsgebiet nach Maßgabe der in beiden Ländern geltenden Vorschriften auch Vollzugsaufgaben übertragen werden. Eine derartige Möglichkeit ist für den Bereich des Bundesgrenzschutzes bereits mit § 64 Abs. 4 BGSG (und für den Bereich der Polizei des Landes Baden-Württemberg mit § 48 Abs. 4 PolGBW) vorgesehen.

Artikel 11 enthält Regelungen zur Intensivierung der Zusammenarbeit in den Bereichen des Informationsaustausches, der Koordination von Einsätzen sowie der Aus- und Fortbildung.

Die beteiligten Behörden werden durch Artikel 11 Abs. 1 Nr. 1 verpflichtet, den Informationsaustausch zu intensivieren, indem eine möglichst frühzeitige gegenseitige Unterrichtung über bevorstehende, polizeilich relevante Ereignisse erfolgt. Dies gilt auch für Fälle der Observation und der Nacheile gemäß den Artikeln 40 und 41 SDÜ. In Einzelfällen sind tat- und täterbezogene Informationen mitzuteilen, Ansprechpartner zu benennen, aktuelle Verzeichnisse mit Angaben über Zuständigkeiten und Erreichbarkeiten auszutauschen und sichere drahtlose Kommunikationswege einzurichten.

Artikel 11 Abs. 1 Nr. 2 regelt die Intensivierung der Kooperation bei Einsätzen. Hierzu gehört auch der Einsatz gemischt besetzter Kontroll-, Observations- und Ermittlungsgruppen.

Artikel 11 Abs. 1 Nr. 3 verpflichtet die beteiligten Stellen, auch im Bereich der Aus- und Fortbildung zusammenzuarbeiten, gemeinsame grenzüberschreitende Übungen durchzuführen und bei besonderen Einsätzen Beobachter des jeweils anderen Landes einzuladen.

Artikel 12 regelt Statusfragen für die in den gemeinsamen Zentren tätigen Bediensteten. Durch Bezugnahme auf die Artikel 47 und 125 des SDÜ wird festgelegt, daß es sich bei diesen Bediensteten um Verbindungsbeamte ohne polizeiliche Vollzugsbefugnisse handelt. Dazu gehören ferner Schutz- und Beistandspflichten, die Gleichstellung mit Beamten des eigenen Staates in strafrechtlicher Hinsicht sowie Regelungen über das Tragen von Dienstkleidung und Waffen, das anzuwendende Disziplinarrecht und zu Haftungsfragen.

Artikel 12 Abs. 3, der strafrechtliche Fragen bei der Dienstausübung der jeweiligen Beamten regelt, wird nicht auf Artikel 42 SDÜ gestützt, sondern hat insoweit einen eigenständigen Regelungsgehalt. Artikel 12 Abs. 6 trifft für Fragen der Haftung bei Schäden in Ausübung des Dienstes eine Regelung, die sich an Artikel 42 SDÜ anlehnt, ohne aber diese Bestimmung des SDÜ als Grundlage in Anspruch nehmen zu können, da es dort nur um Fälle der grenzüberschreitenden Observation und Nacheile geht. Insoweit enthält Artikel 12 Abs. 6 eine eigene, Gesetzesbedürftigkeit begründende Regelung.

Indem Artikel 13 für die Verwendung personenbezogener Daten auf die Artikel 126 bis 130 des SDÜ verweist, wird der gesamte Schenger Datenschutzstandard voll übernommen.

Artikel 14 ergänzt Artikel 39 des Schengener Durchführungsübereinkommens und modifiziert diesen hinsichtlich der maßgeblichen Geschäftswege:

Artikel 14 Abs. 1 enthält zunächst eine Aufzählung derjenigen Maßnahmen, die die Polizeien beider Länder eigenständig beantragen können sollen. Durch die konkrete Aufzählung von Maßnahmen sollen künftig Auslegungsschwierigkeiten im Zusammenhang mit der Anwendung des Artikels 39 Abs. 1 beseitigt werden. Hintergrund ist, daß für die Zuständigkeit der Polizei im Rahmen der strafrechtlichen Rechtshilfe das deutsche und auch das französische Recht enge Grenzen zieht. So kann die Polizei eigenständig nur tätig werden, wenn dies völkerrechtlich wirksam vereinbart ist und wenn sich die Zusammenarbeit auf Maßnahmen wie die in Artikel 14 Abs. 1 genannten beschränkt. Strafprozessuale Zwangsmaßnahmen, die der Polizei im nationalen Verfahren nicht zu Gebote stehen, bleiben auch im zwischenstaatlichen Verkehr ausschließlich der Justiz vorbehalten.

Artikel 14 Abs. 2 Satz 1 und 3 bringt diesen Grundsatz nochmals ausdrücklich zur Geltung. Artikel 14 Abs. 2 Satz 2 enthält darüber hinaus eine vereinfachte Ge-

schäftswegeregelung für den Fall, daß die Erledigung des Ersuchens nach nationalem Recht den Justizbehörden vorbehalten ist. Das Ersuchen wird danach direkt von der unzuständigen Polizeibehörde an die zuständige Justizbehörde weitergeleitet. Damit soll verhindert werden, daß die nach nationalem Recht unzuständige Polizeibehörde das Ersuchen unerledigt zurückgibt und die Stellung eines neuen Ersuchens durch eine Justizbehörde verlangt. Ein zeitraubender und die Ermittlungen behindernder Rückverweis und anschließendes Beschreiten des justitiellen Geschäftsweges sollen damit verhindert werden.

Artikel 15 enthält detaillierte Regelungen zur grenzüberschreitenden Observation, insbesondere zu der Frage, wer in den jeweiligen Staaten die Bewilligungsbehörden sind und wem ein Grenzübertritt mitzuteilen ist.

Artikel 16 Abs. 1 regelt unter Bezugnahme auf Artikel 41 SDÜ Einzelheiten der grenzüberschreitenden Nacheile. Die dort festgelegten Rechte zum Betreten öffentlich zugänglicher Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräume beschränken sich auf die jeweiligen Öffnungszeiten. Die räumliche und zeitliche Begrenzung der Betretungsrechte war aus verfassungsrechtlichen Gründen notwendig.

In Artikel 16 Abs. 2 werden für die grenzüberschreitende Nacheile Benachrichtigungspflichten statuiert.

Modalitäten der grenzüberschreitenden Observation oder Nacheile wie die Gleichstellung von Beamten im Hinblick auf straßenverkehrsrechtliche Sonderbefugnisse und den Einsatz technischer Mittel (z.B. Peilsender) werden in Artikel 17 festgelegt.

Dabei ist zu sehen, daß eine straßenverkehrsordnungsrechtliche Privilegierung französischer Polizeikräfte nach derzeit hier geltender Rechtslage noch nicht gegeben ist.

Artikel 18 erlaubt das verkehrsbedingte Befahren des jeweiligen Hoheitsgebietes bis zur nächsten Wendemöglichkeit.

Artikel 19 regelt das Tragen von Dienstwaffen und Dienstkleidung bei grenzüberschreitender Observation und Nacheile sowie in den Fällen der Artikel 12 und 18. Dienstwaffen dürfen nur zum Zwecke der Notwehr gebraucht werden.

Die in den Artikeln 20 bis 25 enthaltenen Durchführungs- und Schlußbestimmungen erlauben im Rahmen dieses Abkommens weitergehende Absprachen zwischen den beteiligten Behörden und regeln, in welchen Fällen eine Zusammenarbeit nicht stattfindet oder von bestimmten Bedingungen abhängig gemacht werden darf.

Eine gemeinsame Arbeitsgruppe erhält durch Artikel 23 den Auftrag, die Umsetzung des Abkommens fortlaufend zu überprüfen und gegebenenfalls Vorschläge zu machen. Gleiches gilt für eine Expertengruppe, welche sich aus Vertretern der in Artikel 1 genannten Behörden zusammensetzt und die Aufgabe hat, die Qualität der Zusammenarbeit ebenso zu überprüfen und neue Vorschläge zur Verbesserung der Zusammenarbeit zu machen.

Artikel 24 regelt das Außerkrafttreten des deutsch-französischen Polizeikooperationsabkommens vom 3. Februar 1977. Artikel 25 enthält die Inkrafttretensbestimmung für dieses Abkommen.

In einer anläßlich der Unterzeichnung des Abkommens abgegebenen Gemeinsamen Erklärung verpflichten sich die Vertragsparteien zu prüfen, welche Schwierigkeiten bei den beteiligten Polizeibehörden im Bereich der Rechtshilfe bei Vollzug des Vertrages aufgetreten sind. Dabei werden sie den Verhandlungsstand innerhalb der Europäischen Union zum Abschluß eines Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen berücksichtigen. Die Vertragsparteien erklären ihr gemeinsames Bestreben, polizeiliche Aspekte der Rechtshilfe zu fördern. Angesichts des Verhandlungsstandes hierzu innerhalb der Europäischen Union vertreten die beiden Vertragsparteien die Auffassung, daß zur verbesserten Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität gegebenenfalls untereinander der Einsatz moderner Fahndungs- und Rechtshilfeinstrumente zu fördern ist.

Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn 82114055 3. 98
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333